

2
•
88

NETZWERK

RUNDBRIEF



EINLADUNG ZUR VOLLVERSAMMLUNG

FREITAG, 18. MÄRZ 88, 20 UHR
KINOSAAL DER ALTEN FEUERWACHE



Mitzubringen: ein bißchen guten Willen und Diskussionsbereitschaft.

Denn diesmal geht es nicht um die Bearbeitung von Anträgen, sondern um die schon längere Zeit anstehende inhaltliche Diskussion über die Netzwerk-Kriterien und die Vergabepraxis.

Sowohl in den Gremien als auch auf den Vollversammlungen zeichnet sich schon seit einiger Zeit das Bedürfnis nach einer solchen Diskussion ab. Aufhänger ist die Förderung einzelner Projekte, bei denen die Netzwerk-Kriterien nicht eindeutig erfüllt sind.

(Selbst-)Kritik wurde z.B. laut bei der Bewilligung von Darlehen für Betriebe, die nur aus einer Person bestehen, oder von Familienbetrieben. Oder von Projekten, bei denen doch unterschwellig Hierarchien erkennbar sind bzw. Zweifel an der Gleichberechtigung aller Mitglieder bestehen.

Dabei tauchen immer wieder dieselben Fragen auf:

- Ist es angebracht "diffus die Projekte der Szene zu fördern", was bedeutet: für viele weniger Geld?
- Oder fördern wir nur Projekte, die die NW-Kriterien eindeutiger erfüllen, was größere Einzelbeträge ermöglicht?
- Die wenigsten der Projekte, die NW bisher gefördert hat, sind idealtypische selbstverwaltete Betriebe. Ist es in Anbetracht dessen nicht sinnvoll, die Vergabepraxis an die Selbstverwaltungsrealität anzugleichen?
- Oder sollen wir in Zukunft mehr auf den Buchstaben beharren und uns in der Kunst des Neinsagens üben?
- Wo soll der Schwerpunkt bei der Vergabe liegen? Z.B. etwa auf der Mindestzahl von 3 Mitgliedern? Oder auf der politischen Zugehörigkeit des Projekts?

Um mehr Klarheit in diese Fragen zu bringen und evtl. für die Zukunft Wege für das Vorgehen bei derart uneindeutigen Projekten zu entwickeln, laden wir Euch zur VV ein.

Zur Einstimmung enthält dieser Rundbrief die Diskussionsbeiträge einiger Mitglieder zum Thema.

Viel Spaß beim Lesen und eine Menge guter Gedanken wünscht Euch



Jlli

ZUR NEUFASSUNG DER FÜRDERKRITERIEN BEI DER VERGABE VON MITTELN DES NETZWERKS

Ausgangspunkt aller Überlegungen ist die zentrale Frage, welche Bedingungen eine Initiative bzw. ein Projekt erfüllen muß, um von Netzwerk (NW) gefördert zu werden. Am unproblematischsten scheint sich diese Frage beantworten zu lassen bei den Initiativen, die - erwachsen aus der Organisationsform einer Bürgerinitiative - originäre politische Zielsetzungen verfolgen. Der Wille zur Veränderung von Lebensbedingungen gerät realistischerweise zur langfristig umsetzbaren politischen Perspektive, ohne daß mit dem Engagement in der Initiative kurzfristige Absichten der Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit verbunden sind. Häufig reduziert sich hierbei die "Begutachtung" der Initiative auf die tatsächlich verfolgte Zielsetzung, die in Einklang mit den NW-Förderzielen zu stehen hat.

Völlig anders und weitaus komplexer ist die Frage nach der Erfüllung bestimmter Fördervoraussetzungen zu beantworten, wenn es sich bei den Antragstellern um Initiativen oder Projekte handelt, die nicht nur eine langfristige Veränderung von Bewußtseinsstrukturen oder politischen Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft anstreben, vielmehr ihre Ideen nicht nur über die politische Aktion, sondern unmittelbar über die Gestaltung der Binnenstrukturen ihrer Initiative/ ihres Projektes zu verwirklichen suchen. Damit gemeint sind all diejenigen gewerblichen und nicht-gewerblichen Projekte, in denen Personen mit ihrem Engagement gleichzeitig eine Erwerbsorientierung suchen ebenso wie sie den Wunsch hegen, über die Projektstrukturen ein Stück humanes, herrschaftsfreies Zusammenleben und Zusammenarbeiten zu verwirklichen.

Unter diesen Bedingungen gelten in der Eigensicht vieler Projekte ebenso wie wohl für NW idealtypische Kriterien, die unabdingbar für die herausgehobene politische Programmatik des Selbstverwaltungssektors von Beginn ab waren. In einer knappen Definition zusammengefasst stellen sich diese Kriterien wie folgt dar:

1. Demokratische, auf das Kollektiv hin orientierte Entscheidungsstrukturen, in die alle Mitarbeiter einbezogen sind und unter denen traditionelle Herrschaftstrukturen aufgehoben sind
2. Die auf das Projekt hin ausgerichtete Erwerbsorientierung der Kollektivisten
3. Die personelle Identität von Kapitaleignern und im Projekt Beschäftigten
4. Das Gruppenprinzip, wonach ein Projekt aus mindestens drei Mitarbeitern zu bestehen hat
5. Modellhaftes Ausstrahlen der Projektprinzipien in die Restgesellschaft

Der real existierende Selbstverwaltungssektor weicht in seinen vielfältigen Erscheinungsformen jedoch ebenso vielfältig von den oben genannten idealtypischen Kriterien ab. Aus den unterschiedlichsten Gründen kommt lediglich ein harter Kern von Projekten dem Idealbild des selbstorganisierten Betriebes nahe. Gerade bei den "weicheren" Kriterien wie dem Gruppenprinzip oder dem Identitätsprinzip gibt es häufig Abweichungen, sei es, daß in dem Projekt nur ein bis höchstens zwei Personen tätig sind oder nicht alle Beschäftigten auch gleiche Eigentumsanteile an dem Betrieb halten. Für all diese Erscheinungsformen gibt es zum Teil aus der Entstehungsgeschichte der strukturellen Zusammenhänge der Projekte heraus gute und nachvollziehbare Gründe. In bestimmten Marktsegmenten ist die Ertragslage nachfrage- und regionalbedingt so miserabel, daß in bestimmten Entwicklungsstufen das Projekt nicht mehr als die Existenz eines Mitarbeiters tragen kann. Oder, was das Identitätsprinzip anbelangt, ist die finanzielle Potenz der einzelnen Projektmitglieder so unterschiedlich, daß das Eigenkapital nur von einer Fraktion oder gar nur von einem Mitglied des Kollektivs aufgebracht werden kann. Letztgenannter Umstand läßt sich jedoch für die weitere Diskussion dadurch entkräften, daß fehlende Beteiligung an der Kapitalaufbringung nicht zu unterschiedlichen Verfügungsrechten über den erwirtschafteten Ertrag führen darf, geschweige denn eine unterschiedliche Handhabung der Entscheidungsrechte im Kollektiv nach sich ziehen darf. Unter Einschränkung des letzten Satzes halte ich es für problematisch, wenn bereits bei Nichtvorhandensein dieser beiden "weichen" Kriterien eine NW-Förderung prinzipiell in Frage gestellt wird. Beispiel Gruppenprinzip: Landwirtschaftliche Produktionsbetriebe, die sich mittels ihrer Produktorientierung, ihrer Produktionsweise und ihrer praktizierten Arbeitsorganisation als Alternative zu herkömmlichen Betrieben verstehen, haben zur Zeit in unserer Region aufgrund der spezifischen, eingeschränkten Nachfragesituation kaum eine Chance, den Ertrag für die Subsistenzmittelsicherung eines Kollektivs von drei oder mehr Personen zu sichern. In ihrem Selbstverständnis nähern sie sich jedoch weitgehend den zentralen Zielvorstellungen einer sozialen Bewegung, aus der u.a. auch die Selbstverwaltungswirtschaft hervorgegangen ist. Daher meine Bedenken, einen solchen Betrieb bereits aufgrund des nicht vorhandenen Kollektivs aus der Förderpraxis herauszunehmen. Meine Empfehlung: Zunächst drinlassen und die Prüfung auf die weiteren Kriterien konzentrieren, die das Selbstverständnis des Betriebes ausmachen.

Nun zu den "härteren" Kriterien: Dazu zählen sowohl die demokratischen Entscheidungsstrukturen als auch die Erwerbsorientierung, mithin auch die Frage nach den Unterschieden in den Lohn- und Gehaltsstrukturen. Generell: Hier sollte die Maßlatte für NW-Fördermittel deutlich höher gelegt werden als bei den "weicheren" Kriterien. Demokratische Entscheidungsrechte sollten prinzipiell in den geför-

5

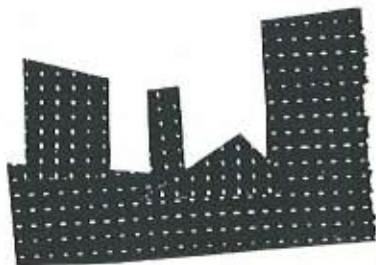
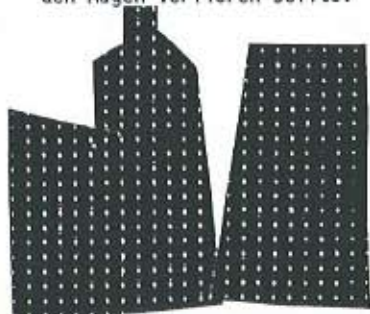
erten Projekten formal verankert sein oder "formal" praktiziert werden. Aber bei näherem Hinsehen zeigt sich sehr deutlich, daß selbst in Betrieben, die in der "Szene vor Ort" als "Musterbetriebe" eingestuft werden, von NW auch schon gefördert wurden und auch öffentlich das Banner der Wirtschaftsdemokratie hochhielten, daß trotz formeller Gleichheit informelle Hierarchien und irrationale Machtkonstellationen den realen Alltag im Projektleben bestimmen. Noch mal zur Verdeutlichung: Wenn eine abgestufte Beteiligung an der Wahrnehmung der Entscheidungsrechte offen nach außen dokumentiert wird, fällt die Entscheidung leicht, dem Projekt den Status "selbstbestimmt" abzusprechen, aber was geschieht, wenn dies mit einer zeitlich begrenzten Einarbeitungsphase begründet wird, also die bloße Absicht bekundet wird, den unterschiedlichen Status intern nach einer gewissen Dauer anzugleichen? Schon da wird die Förderentscheidung nach "der reinen Lehre" schwierig. Gänzlich unmöglich wird sie bei dem obigen Beispiel, wenn formal zwar alle gleich sind, aber die Bedenken über informelle Hierarchien nicht nur diffus vorhanden sind, sondern aufgrund der allseits "intimen" Kenntnis der "Szene" vielen bekannt sind, aber nicht mit harten Fakten nachweisbar. Auch hier plädiere ich für eine pragmatisch orientierte Entscheidung, wobei die aktuelle Projektlage auch nach den bekundeten und realistisch nachvollziehbaren Entwicklungsabsichten zu beurteilen ist.

[REDACTED]

Gleiches gilt für die Kapitalanteile. Sind sie gleich verteilt und ebenso damit zusammenhängend die Verfügungsrechte, stellt sich zunächst das Problem der Kapitalneutralisierung. Wird nachgewiesen, daß aus den Verfügungsrechten resultierend keine Gewinnmaximierung für die Beteiligten im Mittelpunkt des Interesses steht, sondern neben einer angemessenen Unterhaltsorientierung die Weiterentwicklung und Konsolidierung des Projektes in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, dann entspricht ^{dies} jenem oben skizzierten idealtypischen Bild des selbstverwalteten Projektes. Jedoch auch diese Konstellation kommt in der Realität selten vor. Wird von der unabdingbaren Minimalforderung nach Kapitalneutralisierung ausgegangen, bleibt dennoch das häufig vorkommende Problem der unterschiedlichen Verfügungsrechte, das unter Umständen noch durch die Koppelung mit unterschiedlichen Entscheidungsrechten verschärft wird. Spätesten hier sollte das "Ende der Fahnenstange" sein, d.h. eine Förderung abgelehnt werden. Wenn unterschiedliche Verfügungsrechte oder analog dazu unterschiedlich hohe Entlohnungen gegeben sind, sollte aber dennoch zusätzlich geklärt werden, ob diese funktional, durch unterschiedliche Qualifikation oder Arbeitszeitdauer begründet werden. Dabei scheint mir nach wie vor die Arbeitszeitdauer das einzige unverdächtige und legitime Kriterium zu sein. Ich gebe nur zu bedenken, daß in der real existierenden SV-Wirtschaft aber auch jetzt bereits andere Gehalts-/Lohndifferenzierungskriterien

6
diskutiert werden.

Was ist nun das Fazit dieser Überlegungen? Es scheint mir nicht auf eine explizite Änderung der NW-Förderkriterien hinauszulaufen. Dies insofern nicht, als die Kriterien relativ abstrakt und umfassend gehalten sind und in ihrem Kern auf die zentrale Idee selbstorganisierten, herrschaftsfreien Arbeitens und Lebens abheben. Diese Idee sollte auch nach wie vor im Zentrum aller Entscheidungen stehen, aber es sollte auch berücksichtigt werden, wie sich die Idee in ihren realen Ausprägungen einem bestimmten historischen Wandlungs- und Entwicklungsprozeß gegenüberstellt. Dieser Entwicklungsprozeß hat seit der Entstehung der ersten selbstverwalteten Projekte in den 70er Jahren einige "Vorzeige"-Projekte hervorgebracht, die die eingangs erwähnten idealtypischen Kriterien nahezu vollständig erfüllen. Die Mehrzahl der Projektgründungen hat jedoch durch die Widrigkeiten ihrer gesellschaftlichen Umgebung bedingt ihre Ideale nur bruchstückhaft verwirklichen können. Hier gilt es genau abzuwägen, ob diese von "NW-Prüfern" vorgefundenen Bruchstücke einen Trend hin zur "Vervollkommnung" erkennen lassen, der womöglich durch die diversen (Beratungs-) Einrichtungen des SV-Sektors zu begleiten und zu stabilisieren ist, oder ob die Absichten und Chancen des Projektes zur Weiterentwicklung dies nicht erkennen lassen. Immer stärker wird mein Eindruck, daß sich die Eingangsfrage, wie die Förderkriterien bei der Vergabe von Mitteln des NW neugefasst werden müßten, nicht in "einem Ruck" mit der präzisen Festsetzung neuer oder der Erweiterung vorhandener Kriterien beantworten läßt. Gefragt ist vielmehr eine zuletzt politische Entscheidung darüber, ob NW durch die Förderung eines äußerst eng begrenzten Kreises von "idealtypischen" Projekten dem Gedanken der Selbstverwaltung mehr nützen kann, als wenn all die anderen Projekte, die mit ihren Brüchen und Inkonsistenzen die realtypischen Bedingungen der Projektentwicklung unter gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen repräsentieren, gezielt gestützt werden. Ich plädiere für den pragmatischen Weg, der über allem bürgerlichen Gestrüpp auf dem Wege zur Selbstbestimmung das Ziel einer humaneren gesellschaftlichen Zukunft auch bei konkreten Förder-Entscheidungen nicht aus den Augen verlieren sollte.





Bei der Neufassung unserer Förderrichtlinien stellen sich für mich zunächst einige Fragen :

- Gibt es Projekte, die durch unsere fehlende finanzielle Unterstützung pleite gegangen sind, erst gar nicht starten könnten oder z.B. wegen der Ansprüche der Banken Abstriche an ihrem Konzept vornehmen mußten?
- Wie viele und mit welchen Summen wurden jährlich nicht-selbstverwaltete Projekte gefördert und in welchem Verhältnis stehen sie zu den geförderten selbstverwalteten Projekten?
- Würden die bei der Nichtförderung von nicht-selbstverwalteten Projekten eingesparten Summen voraussichtlich ~~ausreichen~~ ausreichen, Pleiten etc. in Zukunft zu verhindern?
- Wie hoch ist der Kreditbedarf der selbstverwalteten Projekte im Saarland?
- Soll es eine "Rangfolge" unserer Kriterien geben?
- Soll das Kriterium Selbstverwaltung über anderen Kriterien wie z.B. Ökologie stehen, d.h. soll z.B. dem kollektiven Autoverleih der Vorzug vor dem Biobauern-Familienbetrieb gegeben werden?

Grundsätzlich hätte ich all jene Projekte für förderungswürdig, die - vereinfacht ausgedrückt - entweder :

- und/oder - selbstverwaltet
- und/oder - ökologisch
- und/oder - sozial
- und/oder - kulturell tätig sind,

sofern ihre Arbeit dem Aufbau einer anderen Art des Wirtschaftens (selbstverwaltet, umwelt- und sozialverträglich, nicht gewinnorientiert ...) und/oder den Anspruch hat, kritische, emanzipatorische Sozial-, Kultur- und politische Arbeit zu leisten und sofern keine hierarchischen, ausbeuterischen, undemokratischen oder unökologischen Strukturen vorliegen. Das hieße, daß ein Ein-Mensch-Projekt meiner Ansicht nach prinzipiell durchaus gefördert werden könnte, wenn eines der "positiven" Kriterien erfüllt und keiaes der "negativen" Kriterien verletzt wird.



8 Bleibt das Problem unserer beschränkten Ressourcen. Angesichts einer z.Zt. jährlichen Fördersumme von "nur" ca. 30000 DM und einem anscheinend viel größeren Kredit- und Zuschußbedarf derjenigen Projekte, die selbstverwaltet sind und eine förderungswürdige soziale/kulturelle/politische/ökologische Arbeit betreiben, sollte sich unsere Förderung vorerst auf solchâ Projekte beschränken.

Überlegenswert wäre vielleicht, einen bestimmten Teil unserer Mittel (20 % ??) in einen besonderen Fonds zur Förderung zwar nicht selbstverwalteter, aber ansonsten "herausragender" Projekte (zugegeben ein recht schwammiger noch mit Inhalt zu füllender Begriff - Möglichkeiten: innovativ, dringender Bedarf für's Saarland, mit der Perspektive eines Ausbaus zum Kollektiv u.ä.) einzuspeisen.

Genug.

25.2.88 Thomas



HUBERT, DIE NETZWERK-
SAU, AUF KRITERIEN =
SUCHE... ~~...~~

Werner Becker (Zukunftswerkstatt)

1. Im Kern möchte ich vorschlagen, das NW-Beratungsverfahren so zu belassen wie es ist. Bei allen gelegentlich auftretenden Zweifeln haben wir (mehrfach, meist aber alle) mit den Entscheidungen immer ganz gut leben gekonnt. Ein politisch besseres und dann auch noch praktikableres Verfahren sehe ich nicht. Dennoch kann jedes Verfahren, soll jedes Verfahren offen bleiben für eine Weiterentwicklung und Anpassung an die Realität. Die gewisse Verunsicherung hinsichtlich Kriterien und Verfahren lassen eine **b e g r e n z t e** Formalisierung als vertretbar erscheinen. Begrenzt soll sie sein in zweierlei Hinsicht: Die Kriterien sollten nicht 'überformalisiert werden und das Verfahren sollte nicht überstrapaziert werden durch unnötige, zu weitgehende Formalisierungen. Pointiert gesagt: Es bleibt alles beim Alten, nur bei Zweifels- und Konfliktfällen wird auf eine Orientierungsgrundlage zurückgegriffen. Es geht dabei nur um eine Orientierung, denn das eigenverantwortliche, sachverständige Urteil der Gremienmitglieder kann dadurch nicht im mindesten ersetzt werden.



2. Die Kriterien, die ein Projekt als förderungswürdig einstufen lassen, können untergliedert werden in 'harte' und 'weiche' Kriterien. Zentrales Ziel, auf das die Kriterien anzuwenden sind ist die Selbstverwaltung, wichtig sind auch noch soziale, politische und ökologische Modellhaftigkeit.

I. Harte Kriterien sind alle die, die definitiv nachprüfbar sind:

Personenzahl, gleichberechtigte Mitsprache und Mitbeteiligung, egalitäre Arbeitsorganisation

II. Eine Stufe drunter (so in der Mitte) sind Art, Gegenstand und Motiv der Arbeit: Ist sie ökologisch, politisch oder sozial sinnvoll oder 'innovativ'? Geht es darum unmittelbar eine selbstbestimmte Arbeit zu schaffen? Wie ist die Produktionsweise?

III. Weiche Kriterien sind die **A b s i c h t e n** und Ziele alle diese sinnvollen Dinge zu tun, was im Moment aber an sachlichen oder ökonomischen Hindernissen scheitert. Ähnlich wie am Gericht haben wir hier eine Zukunftsprognose zu treffen: Macht der Typ/das Projekt das, was er uns hier erzählt? Wir **v e r**urteilen hier zwar niemand, aber **b e**urteilen müssen wir, ob wir wollen oder nicht. Am Gericht geht man so vor, daß man Anhaltspunkte in der Gegenwart sucht, und daraus eine Prognose für die Zukunft stellt.

* Wer heute noch keines der Kriterien von I. erfüllt, mangels wirtschaftlicher oder personeller Basis, uns aber erklärt, er wolle in dieser Richtung arbeiten, sollte wenigstens die Kriterien der Stufe II erfüllen. Wenn die Prognose zutrifft: hervorragend, wenn nicht, haben wir wenigstens etwas gefördert, was auch allgemein sinnvoll und notwendig ist. Soweit zu den praktisch-inhaltlichen Kriterien.

3? Nicht zu vernachlässigen ist aber das wirtschaftliche Kriterium. Jedes Projekt, das scheitert, richtet Schaden an, jedes, das gelingt hat eine positive Ausstrahlung. Das trifft frühdas politische Klima zu, v.a. aber für die Betroffenen selbst, die ja zumeist mit viel Enthusiasmus gestartet sind. Hier darf Netzwerk seine Aufmerksamkeit nicht einschränken zugunsten allgemeiner Sympatiebeweise, die wir geben können und ^dmüssen.

4. Netzwerk hat eine große Verantwortung, es ist in dieser Region eine Steuerungsinstanz. Es sollte sie bewußt wahrnehmen, nicht zuletzt, weil Netzwerk in seiner Offenheit modellhaften Charakter gegenüber den ansonsten verbreiteten Mechanismen hat.

29.2.88 Werner



Die letzte VV hat bei einigen Netzwerkfrauen Unbehagen ausgelöst. Es ist so weit, die Vergabekriterien sollten mal wieder diskutiert werden. Am Beispiel Manfred Schäfer wurde deutlich, in welches Dilemma man/frau durch unzureichende Vorformulierung der Netzwerk Kreditvergabekriterien gestürzt werden kann. Vor und nach Vergabe des Kredites wurde eigentlich allgemein Bauchweh über den Fall Manfred Schäfer geäußert, während der Sitzung aber war der moralische Druck so groß, daß man/frau nicht umhin kam dem Antrag zuzustimmen (wie so oft!).
Speziell an diesem Fall erschienen uns folgende Punkte problematisch:

- prinzipiell ist die Vergabe von Netzwerkgeldern dem Gedanken der Selbstverwaltung verpflichtet. Was hat dies für Konsequenzen für ein Ein-Mann/Frau-Unternehmen?
- stellte sich bei Manfred Schäfer die Frage nach der Wirtschaftlichkeit.
- Kann es Aufgabe von Netzwerk sein soziale Härtefälle aufzufangen?

Wir halten es deshalb für wichtig noch einmal über dies Punkte zu reden, um für den Fall, daß ähnlich gelagerte Anträge gestellt werden, bessere Entscheidungsgrundlagen zu haben.

Karin, Ingrid und Christine

ZUR DISKUSSION

Damit wir auf der VV nicht ins Blaue diskutieren, will ich hier zwei Ansätze aneinander gegenüberstellen, die als Diskussionsgrundlage dienen können.

1. Der Ansatz der 'reinen Lehre'

Angesichts unserer bemessenen Ressourcen und der Verpflichtung des Netzwerk gegenüber dem Selbstverwaltungsgedanken werden nur noch Betriebe und Projekte gefördert, die den Kriterien in allen Punkten entsprechen.

Das heißt: Projekte mit weniger als 3 Mitgliedern werden nicht mehr gefördert, genausowenig Projekte, in denen das Prinzip der demokratischen Entscheidungsstrukturen nicht erkennbar umgesetzt ist.

Weitere Kriterien, die erfüllt werden müssen:

- die MitarbeiterInnen sind gleichzeitig KapitaleignerInnen
- gleiche Eigentumsanteile und Verfügungsrechte
- gleicher Lohn
- Gewinnmaximierung kein angestrebtes Ziel
- aufklärerische, emanzipatorische Inhalte, ökologische Orientierung

Das alles natürlich unter Berücksichtigung der quasi "naturgegebenen" Unterschiede zwischen sozio-kulturellen und gewerblichen Betrieben.

Netzwerk ist keine Institution zur Unterstützung von Sozialfällen - für die gibt es noch andere Möglichkeiten, die zuerst ausgeschöpft werden müssen.

→ keine Schwammigkeit des Selbstverwaltungsbegriffes, klare Grenzen
höhere Förderbeträge möglich

2. Der pragmatische Ansatz

Die Idee des selbstorganisierten, herrschaftsfreien Arbeitens, sowie die demokratischen Entscheidungsstrukturen bleiben als Kernpunkte bestehen. Ausnahmen von der "reinen Lehre" sind möglich.

Bestimmte Umstände, wie Ertragslage oder finanzielle Lage der Projektmitglieder bei der Gründung, machen die vollständige Erfüllung der Kriterien in manchen Fällen unmöglich. Diese Umstände werden bei der Beurteilung berücksichtigt, es wird aber verfolgt, ob das Projekt in seiner weiteren Entwicklung zur Umsetzung der Kriterien hintendiert.

In solchen Fällen könnten an die Förderung Bedingungen geknüpft werden:

1. eine Art Willensbekundung, die Vervollkommnung der SV-Prinzipien anzustreben
2. dabei die Beratungsmöglichkeiten von Netzwerk oder Zukunftswerkstatt wahrzunehmen.

→ idealtypische SV-Betriebe sind die wenigsten. Alle anderen sollten auf ihrem Weg dahin unterstützt werden.

Aus den Beiträgen im Rundbrief ist noch ein weiterer Ansatz zu entnehmen, der wohl zwischen den beiden genannten liegt:

. Die Kriterien-Rangfolge

Bestimmte Kriterien müssen in jedem Fall erfüllt sein, z.B. demokratische Entscheidungsstrukturen. Andere, wie z.B. Gruppengröße, gleiche Eigentumsanteile oder ökologische Inhalte werden als zweitrangig betrachtet, müssen also nicht unbedingt erfüllt sein.



Wir spinnen schon lange -

CONTRASTE erscheint monatlich mit regelmäßigen Beiträgen über Selbstorganisation und Selbstverwaltung z.B. Genossenschaften, Landkommunen, Okobank, sozialpolitische- ökologische-, 3. Welt- und feministische Projekte, Anarchismus u.v.m.

Aktuell - hintergründig - kontrovers
Probexemplar bestellen zu 5 DM in Briefmarken bei
CONTRASTE, Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1



Zeitung für Selbstverwaltung

- Netze für Selbstverwaltung !

DIAS AUS NICARAGUA

AM MONTAG, 21.MÄRZ, 20 UHR

KINOSAAL, ALTE FEUERWACHE

Einige Mitglieder des Vereins zur Förderung einer Städtepartnerschaft mit Diriamba e.V. waren im letzten Jahr als Brigadist/inn/en in Nicaragua und werden über ihre Erlebnisse und Erfahrungen berichten.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

